

Sozialismus in Nordafrika

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **44 (1965)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auf diesen Grundlagen der Verantwortung und Solidarität einerseits und in der Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Wirklichkeit andererseits sucht die evangelische Soziallehre Mittel und Wege zu finden, die die Gesellschaft dem Ziel des Ausgleichs von Individualität und Sozialität näherbringen können. Es kann sich weniger darum handeln, in der evangelischen Soziallehre neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Lösungen oder gar eine geschlossene Konzeption einer Gesellschaftsordnung zu schaffen, als vielmehr die vorhandenen Lösungen sowohl in sozialer und ökonomischer als auch in ethischer Hinsicht zu prüfen. Um aber bei dieser Prüfung und den daraus entspringenden Empfehlungen nicht nur im allgemeinen oder im wirtschaftlichen Bereich oft im Oberflächlichen zu bleiben, sollte die Kirche eine stärkere Zusammenarbeit von Theologen mit Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern suchen. Nur so kann sich die evangelische Soziallehre Beachtung und Gehör verschaffen. Nur mit einem umfassenden Wissen kann sie ihre Aufgabe sinnvoll erfüllen.

ROLF REVENTLOW

Sozialismus in Nordafrika

Es ist nunmehr schon eine uralte Erfahrung, daß das Wort «*Sozialismus*» keinen Musterschutz genießt. Von der deutschen Zonengrenze ostwärts wird das herrschende System Sozialismus genannt, weil die privaten Unternehmungen verschwunden sind, weil die Wirtschaft geplant wird, weil der individuelle Bauer – mit Ausnahme von Polen und Jugoslawien – in der einen oder andern Weise liquidiert wurde. Die demokratischen Sozialisten des Westens erheben hier ihren großen Einwand, daß die Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen auch die geistige Freiheit zur Voraussetzung habe und diese wiederum zur Freiheit der politischen Eigenständigkeit führen müsse. Mit andern Worten, die Sozialisten des Westens sehen in der Demokratie im Staate und innerhalb der politischen wie gewerkschaftlichen Organisation eine Voraussetzung sozialistischer Entwicklungen, wobei noch ein großer Rest verschiedenartiger Auffassungen hinsichtlich des Wesens und des Weges zum wirtschaftlichen Sozialismus verbleibt. Es genügt, die wirtschaftsliberalen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten mit den Auffassungen der britischen Arbeiterpartei zu vergleichen, um diese weite Spanne verschiedenartiger Konzeptionen im demokratischen Sozialismus darzustellen.

In den verselbständigten ehemaligen Kolonialländern wird ein sehr vielfältiger Gebrauch von dem Wort Sozialismus gemacht. Es gibt da sehr verschiedene Ursachen und Vorstellungen. Mitunter handelt es sich einfach um das Bestreben, das neue unabhängige Land kulturell und wirtschaftlich und damit in erster Linie auch technisch zu entwickeln. Da dies dem Volksganzen

dienen soll, nennt man diese Politik «sozialistisch». Es gibt dann die marxistisch beeinflussten Strömungen, die fertige Formeln für eine Politik liefern, die an sich mit der Analyse einer in der industriellen Revolution befindlichen Gesellschaft wenig oder keine Beziehung hat. Die Ergänzungsformulierungen werden aus dem Vokabular der leninistischen und stalinistischen Epoche bezogen. Für die arabische Welt trifft dies jedoch eher für die Baath-Partei in Syrien und im Irak als etwa für den arabischen Westen, die Länder des sogenannten Machreb zwischen Casablanca und Tunis, zu. Hier operiert man, gleich wie in Ägypten, mit dem neuen Begriff des «*arabischen Sozialismus*». Der Islam hat auch orthodoxe Richtungen und verschiedene Riten, die im arabischen Westen aus verschiedenartigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen abzuleiten sind. Die türkischen Städter vergangener Jahrhunderte, die sich dann arabisiert haben, gehören zum hanefitischen Ritus, dessen Gewohnheitsrecht mit mehr männlich betonter Erbfolge völlig anders ist als das der weitaus in der Mehrheit befindlichen Malekiten, die von den Nomaden ins Land gebracht wurden. Die Grenzen sind, von Ausnahmen abgesehen, durchaus fließend. Und so ist auch die keineswegs festumrissene Begriffswelt des islamischen Sozialismus.

Er dient natürlich in erster Linie dazu, Planungen und Umwälzungen der bisherigen zu technisch moderneren Lebensformen mit der Tradition des Islams zu verbinden, die sich in vielen Fragen des täglichen Lebens äußert, das Verbot alkoholischer Getränke, das Verbot des Genusses von Schweinefleisch oder der Fastenmonat, dem kein normal arbeitender Mensch der modernen Welt auf die Dauer standhält. Es gibt in dem an sich nicht veränderlichen islamischen Recht dennoch Fragen, die langsam Neuerungen bringen, so nicht zuletzt in Tunesien das durch Gesetz des Parlaments veränderte *Eherecht*. Dies war zweifellos eine der großen Taten des «obersten Kämpfers», wie Bourguiba seit der Zeit des Kampfes um *Verfassung (Destour)* und Unabhängigkeit genannt wird und sich gerne nennen läßt.

In diesem Rahmen wird nun der neue *arabische Sozialismus* begründet. *Er stellt sich in Ägypten anders dar als etwa in Tunesien, und in Algerien wieder ganz anders als in Tunesien.* Die Grundvorstellung aber ist in beiden machrebinischen Ländern die gleiche: es ist die wirtschaftliche Entkolonialisierung. Der koloniale Status bestand ja nicht nur in dem mächtigen Polizei- und Militärapparat, in den Privilegien der europäischen Verwaltungsangestellten. Er bestand auch darin, daß die – moderne – Wirtschaftsentwicklung privatkapitalistisch in die großen Räume vorkapitalistischer, mitunter an biblische Zeiten erinnernder Wirtschafts- und Sozialstruktur einbrach. In Tunesien waren die Unternehmer meist Franzosen, die Direktoren Franzosen oder auch Italiener, die Vorarbeiter Italiener und die Arbeiter Tunesier. Die Unabhängigkeit war naturgemäß eine Revolution gegen diesen Zustand. Die

Europäer verließen zu einem großen Teil das Land, mit ihnen die europäisierten Juden. An ihre Stelle trat die staatliche Initiative, trat insbesondere in letzter Zeit die mehr aus Gründen nationaler Popularität und ohne Rücksicht auf frei vereinbarte Abmachungen mit Frankreich durchgeführte plötzliche Enteignung des französischen, italienischen und maltesischen Grundbesitzes. In vielen Fällen handelte es sich um größere Gesellschaften, in andern um Eigenbesitz kleinerer Landwirte. Beide haben moderne agronomische Kenntnisse und Technik ins Land gebracht, einen großen Teil des Landes, bis hinab zu den Dattelpalmen der Oase Toser im tiefen Süden, überhaupt erst erschlossen. Denn der Kolonialismus ist – in allen Kolonialländern – eben nicht nur schlecht gewesen. Er hat Kräfte erschlossen, die ungenützt waren, und hat die moderne Technik, in Nordafrika vorwiegend in die landwirtschaftliche Produktion, gebracht. Das Ergebnis der generellen Enteignung war, daß die französische Regierung die Vorzugszölle aufkündigte und seine Kapitalhilfe sowie auch seine technische Hilfe für landwirtschaftliche Ausbildung einstellte. Das an sich arme Land mit vielen, sehr vielen Arbeitslosen wertete daraufhin die Währung ab und unterband jede Aktion, ja jede Kritik, die die Gewerkschaften naturgemäß an einer Maßnahme zu üben hatten, die zu einer gewaltigen Verteuerung aller eingeführten Bedarfsartikel und damit zu einer Lohnminderung führten.

Und dann diskutierte man in der *Neuen Verfassungspartei (Néo-Destour)* über den nunmehr einzuführenden Sozialismus, bezeichnete sich selbst als führendes Element des neuen – in Tunesien etwas leichter islamisch gefärbt als im benachbarten Algerien – Sozialismus. Wenn man von Reden und ihren hehren Zukunftszielen absieht, kann man etwas nüchtern diesen neuen Sozialismus als das Startsignal einer durchgehenden staatlichen Planwirtschaft bezeichnen. Es bleibt zweifellos auch keine andere Möglichkeit. Kein Entwicklungsland der ehemaligen Kolonialreiche kann aus sich heraus auf privatwirtschaftlichem Wege entwickelt werden. Die Elemente einer Kapitalbildung, wie sie in Europa im Zeichen der ersten industriellen Revolution vor hundert und mehr Jahren sich entwickelte, sind nicht vorhanden. Also lehnt sich ihr «Sozialismus» irgendwie an das historische Beispiel Sowjetrußlands an, das sich aus einem Agrarland zu einem Industrieland – mit unzureichendem landwirtschaftlichem Wachstum – entwickelt hat. Im einzelnen sind jedoch die Vorstellungen oftmals anders. In Tunesien muß man nun ohne die technische Hilfe der Europäer die Landwirtschaft nicht nur auf demselben agronomischen und technischen Niveau halten, sondern möglichst weiterentwickeln. Dabei denkt man in erster Linie an genossenschaftliche Betriebsformen, auch für den Teil der Landwirtschaft, der schon bisher in einheimischen Händen war und nun in Genossenschaften zusammengefaßt werden soll. Bistlang machten sich da naturgemäß mancherlei Hemmungen bemerkbar. Sie zu überwindern, ist die

Bewegung der Neuen Verfassungspartei an sich nicht schlecht gerüstet. Sie hat so etwas wie eine Tradition, eine wirkliche Organisation und viele Nebenorganisationen, von denen allerdings die Gewerkschaften derzeit in depressiver Stimmung sind, denn sie haben nicht die Handlungsfreiheit, ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden, um die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Literatur

Sie wußten nicht, was los war

Im Paulus Verlag, Recklinghausen, ist soeben unter dem Titel «*Krupp und Krause, Roman einer Epoche*» eine Erzählung erschienen (Verfasser *K. H. Helms*), die versucht, ein Bild der geistigen Haltung des deutschen Kleinbürgertums wiederzugeben, jener Volksmasse, die den Ersten Weltkrieg mit ihrer Arbeit vorbereiten half, miterlebte, erlitt, an ihm zerbrach, bei alledem nichts lernte und – als aufs neue wirtschaftliche Not über das Land kam – sich dem Nationalsozialismus auslieferte und an den scheußlichsten Verbrechen der Weltgeschichte mitschuldig war. Ein sehr notwendiges Buch! Denn es ist an der Zeit, daß wir begreifen: die letzte Verantwortung des Weltgeschehens liegt bei der Masse.

Zwar vertritt Helms die Ansicht, die eigentlichen Kriegsmacher, die eigentlichen heimlichen Lenker der Weltgeschichte seien die Waffenfabrikanten, die großen Rüstungsindustriellen, die in seinem Roman die Firma Krupp vertritt. Sie hat nach Helms den nach der «Gründerzeit» in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Rüstungswettlauf der Nationen auf dem Gewissen. Sie, die Rüstungsindustrie, bildete das Rückgrat des aufstrebenden Industrialismus, dessen Konkurrenzkampf zum Ausbau der Kruppwerke, der «größten Waffenwerkstatt des Kontinents», des größten industriellen Unternehmens führte, das mit der Gründung des Deutschen Reiches, dem siebziger Krieg, in einem inneren Zusammenhang stand und dessen Produkte (immer mörderischere Waffen) jener im Kampf um Kolonien nach der Jahrhundertwende wachsenden Angst vor einem Krieg riefen, der dann 1914 durch die Schüsse von Serajewo ausgelöst wurde und nicht – wie prophezeit wurde – vier Wochen, sondern vier Jahre dauerte.

Helms geht nicht so weit, den Gründern und Leitern der Kruppwerke den Vorwurf zu machen, die Entwicklung *bewußt* und absichtlich in die Weltkriege getrieben zu haben, obwohl sie skrupellos genug waren, allen Regierungen, auch der gefährlichsten Nachbarnation, die neuesten Waffen zu verkaufen. Sie behaupteten stets, die neuen Stahlgeschütze dienten dem Frieden und die Aufgabe ihrer Fabriken sei es, immer mehr Deutschen Arbeit und Brot zu verschaffen. Wenn man diesen Großunternehmern zu-